

Universität Luxemburg

Die Regierung bastelt sich ein kleines hässliches Ungeheuer

„Nessy“, wie das Luxemburger Universitätsprojekt mittlerweile von Beobachtern liebevoll genannt wird, wurde Ende November erneut im Nebel gesichtet. Diesmal hatte es die Umrisse eines umfangreichen Gesetzesprojektes angenommen. Nachdem *forum* in seiner letzten Ausgabe Zweifel darüber geäußert hatte, dass es jemals so weit kommen würde, stellen wir heute zerknirscht – aber eigentlich hochofrenut – fest, dass die für das Universitätsprojekt verantwortliche Ministerin einen politischen Erfolg verbuchen durfte: Nach drei Anläufen wurde das Gesetzesprojekt zur Errichtung einer Universität im Ministerrat angenommen und sollte letzten Mittwoch (4.12.2002) der zuständigen Kommission des Parlaments übergeben werden.

Innerhalb der Regierung war die Ministerin auf den Widerstand ihrer DP-Kollegen gestossen, die dem Projekt ein vernünftiges „return on investment“ absprachen und vor einem akademischen „Wasserkopf“ warnten. Es ist leider nicht bekannt mit welchen finanziellen Argumenten die Ministerin im letzten Durchgang überzeugen konnte, denn sie vergaß der Presse mitzuteilen, was die Universität kosten soll. (Die Presse war rücksichtsvoll oder realistisch genug, um nicht nachzufragen.)

In prinzipieller Hinsicht wird Frau Hennicot ihre Ministerkollegen jedenfalls beruhigt haben können. Einen „Blankoscheck“ - wie sie sich ausdrückte - wird es für die Universität nicht geben. Über einen „Contrat d'établissement“ mit einer jeweiligen Laufzeit von vier Jahren (der sowohl Inhalt der Lehre,

Ausrichtung der Forschung, Strukturierung der Studiengänge, die Verwaltung, und auch Finanzen und Personal abdeckt) wird die zukünftige hohe Bildungs- und Forschungseinrichtung in höchstem Masse kontrolliert sein. Die gleichzeitig beschworene Finanzautonomie wird unter diesen Voraussetzungen eine Worthülse bleiben.

Überhaupt wird Kontrolle groß geschrieben. Das Projekt durchzieht ein Geist des Misstrauens gegenüber dem Geist der Freiheit, den die Regierung offenbar immer noch in einer Universität glaubt fürchten zu müssen.

Der zurückbehaltene Text entspricht tatsächlich weitestgehend dem Vorprojekt, das *forum* schon verschiedentlich

kritisiert hat (vgl. u.a. den Artikel von Volker Zotz „Wohin geht die Reise?“ in *forum* 215). Es bleibt dabei, dass die Institution von einem vom Ministerium berufenen und entlassenen „Conseil de gouvernance“ geleitet wird, der die wichtigsten Entscheidungen nur mit Einwilligung des Ministeriums treffen kann: „Si un différend persiste, le ministre tranchera définitivement“. Das ist zumindest nicht missverständlich...

Umgekehrt soll die Unabhängigkeit des sieben Mitglieder umfassenden „Conseil de gouvernance“ gegenüber der eigenen Institution vollkommen gewahrt sein: Sie dürfen dort keinerlei andere Funktionen ausüben. Vier der Mitglie-



der dieses obersten Gremiums müssen aber schon einmal in „verantwortlicher Stellung“ an einer akademischen Einrichtung beschäftigt gewesen sein. Hinter dieser auf den ersten Blick reichlich komisch anmutenden Bestimmung ist unschwer die Absicht auszumachen, die derzeitigen Leiter der vier in die Universität zu integrierenden höheren Schulen (CunLux, IEES, ISERP, IST) nach oben wegzuloben. Da scheint es schon kaum mehr tragisch, dass die restlichen drei Mitglieder des „Conseil de gouvernance“ nun rein gar nichts von Universitätspolitik verstehen müssen.

Zu befürchten ist mittlerweile auch, dass der Posten des Rektors, dem die faktische Leitung der Einrichtung obliegt, ebenfalls einem der „üblichen Verdächtigen“ zufallen wird. Je unqualifizierter die Universitätsgremien jedoch besetzt werden, umso qualifizierter sollte die personelle Ausstattung des Hochschulministeriums sein, damit es die dann wirklich notwendig werdende Kontrolle auch ausüben kann. Wie man es auch wendet, die politischen und akademischen Strippenzieher werden nicht umhin kommen, auf einer der Leitungsebenen Qualifikation anzusiedeln, das heisst Erfahrung im Aufbau oder der Leitung einer richtigen, real existierenden, ausgewachsenen Universität.

Das Gesetzesprojekt führt Prinzipien auf, die der Konzeption der Universität Luxemburg zugrunde liegen sollen. Dabei handelt es sich überwiegend um die schon heute bekannten Schwächen der zukünftigen Institution, die ins Positive gewendet werden: Mobilität, Vielsprachigkeit, Interdisziplinarität, Verbindung von Fachhochschule und Universität, internationale Zusammenarbeit und Betreuung der Studenten.

Mobilität: Dem Student wird es kaum vergönnt sein, in den nächsten zehn Jahren einen kompletten Studiengang in Luxemburg zu absolvieren. Sein zeitweiser Aufenthalt im nahen Ausland kann also guten Gewissens als Teil des Konzepts deklariert werden. Tatsächlich ergibt sich die Mobilität für den vielseitig interessierten Studenten aus dem Hin und Her zwischen drei verschiedenen Universitätsstandorten sowie der Universitätsbibliothek, die

mit der Nationalbibliothek auf Kirchberg angesiedelt werden soll. Den Exzentrikern, die sich ein solches Studium zumuten wollen, kann man nur einen gut funktionierenden öffentlichen Transport wünschen.

Vielsprachigkeit: Es ist gerade der Mangel an Sprachkenntnissen auf Seiten des heutigen Lehrkörpers, der die Vielsprachigkeit der Studenten zur Notwendigkeit macht. Sollte es jedoch dreisprachige Studenten (EN, FR, DE) wirklich in Europa geben (Pisa lässt vermuten, dass sie zumindest in Luxemburg höchst selten sind), werden sie

**Es handelt sich
um eine vom Ministerium
geführte Universität,
die alle ihre schon heute
absehbaren Schwächen zu
Stärken umdeutet.**

sich wohl eher in Harvard bewerben oder an eine x-beliebige Übersetzer-schule gehen.

Interdisziplinär: Dieser Punkt dürfte durch die Aufteilung auf verschiedene Standorte am schwierigsten zu realisieren sein. Schon auf einem einzigen Campus ist der Kontakt zwischen Sozialwissenschaftlern und Ökonomen oder Mathematikern trotz oftmals gemeinsamer Forschungsobjekte selten ausgeprägt. Zumindest kennt man sich dort, während die Lehrenden an der zukünftigen Universität Luxemburg einander noch nicht einmal fächerübergreifend werden grüssen müssen.

Die Verbindung von Fachhochschule und Universität: Weil die heute im ISERP angebotene Lehrerausbildung in die zukünftige Universität integriert werden soll, wird dieser ein ausdrücklicher Praxisbezug angedichtet. Doch damit diese in Walferdange angesiedelte „Fakultät“ kein Fremdkörper bleibt und nicht nur administrativ der Universität angehört, müsste nichts weniger als ein Wunder geschehen.

Verbindung von Lehre und Forschung: Der Umstand, dass die Verbindung von

Lehre und Forschung bislang in Luxemburg kaum stattfand, erklärt vielleicht, warum eine solche Selbstverständlichkeit Eingang in das Gesetzesprojekt fand. Denn genauso könnte man erwähnen, dass man im Rahmen des Unternehmens die Regeln der französischen Orthographie beachten möchte.

Europäisch und international: Die Ministerin wies ausdrücklich darauf hin, dass die Universität Luxemburg nicht den Anspruch habe, die „Uni der Großregion“ zu werden, sondern nur Universität in der Großregion sein wolle. Die Rektoren von Trier und Metz werden sicherlich erleichtert aufgeatmet haben.

Betreuung der Studenten: Gerade in der distanzierten Beziehung zwischen Schülern und Lehrern sowie Studenten und Professoren liegt eines der Hauptprobleme des luxemburgischen Erziehungswesens, wobei die höheren Bildungseinrichtungen nur die Situation in den Schulen weiterführen. Um die Distanz aufzuheben und wie angekündigt eine Betreuung des Studenten nach angelsächsischem Muster zu verwirklichen, müsste ein tatsächliches Interesse am jungen Menschen und seiner Entwicklung bestehen. Dieses Interesse am Studenten lässt sich aber im vorliegenden Gesetzestext an keiner Stelle nachfühlen.

Am augenfälligsten wird der Etikettenschwindel aber in der Entscheidung, die Universität auf drei verschiedene Standorte aufzuteilen (Esch/Belval, Limpertsberg, Walferdange) und noch dazu die Universitätsbibliothek auf Kirchberg anzusiedeln. Dieser Unsinn, der seine politische Begründung haben mag, wird gleich auf der ersten Seite des Dokumentes als Landesplanung verkauft.

Verkürzend kommt man beim Studium des Gesetzesprojekts zur Universität Luxemburg zu folgendem Schluss: Es handelt sich um eine vom Ministerium geführte Universität, die alle ihre schon heute absehbaren Schwächen zu Stärken umdeutet. Vor dem nächsten Herbst soll die Abgeordneten-kammer einem Gesetz zustimmen, dann können die Leitungsgremien ernannt werden und in fünf Jahren sollen 5000 Studenten in Luxemburg leben. Wer weiss, am Ende existiert das kleine Ungeheuer doch?

Jürgen Stoldt